

Gewalt gegen Frauen

So können Sie sich gegen Übergriffe wehren

Die Tipps des Experten — 18

Pro & Kontra

Eine Landwirtschaft ohne Pestizide – geht das?

Die Standpunkte — 25

«Wenn wir das Gesetz ablehnen, hat die Erdölindustrie gewonnen»

Umweltministerin Simonetta Sommaruga sieht das Klimagesetz auch als Konjunkturprogramm und fordert die Klimajugend auf, nicht dem Gegner in die Hände zu spielen

Denis von Burg, Adrian Schmid

Mit der Abstimmung über die CO₂-Abgabe rückt die Klimapolitik auf einen Schlag wieder in den Vordergrund. Umwelt- und Energieministerin Simonetta Sommaruga ist gefordert. Die Vorlage ist für sie das A und O der Klimapolitik, und prompt gerät sie damit zwischen alle Fronten. Für die SVP und Teile der Wirtschaft geht das Gesetz viel zu weit, für die Klimajugend ist es viel zu zahm. Wir konfrontieren die Bundesrätin mit den besten Argumenten aus beiden Lagern.

Deutschland will neuerdings bis 2045 klimaneutral werden, die Schweiz gemäss dem Ziel des Bundesrats erst 2050. Werden wir bereits abgehängt?

Ich hoffe nicht. Aber umso klarer ist, dass das CO₂-Gesetz für das Klima und den Standort Schweiz absolut notwendig ist. Mit dem Gesetz werden wir den CO₂-Ausstoss bis 2030 halbieren. Für das Ziel «Netto null» braucht es dann nach 2030 weitere Schritte. Wir müssen jetzt vorwärtsmachen, auch für unsere Wirtschaft. Sonst stehen wir 2030 da und reiben uns die Augen, weil wir technologisch und wirtschaftlich abgehängt worden sind.

Warum?

Die anderen Staaten haben begriffen, dass die Zukunft den klimafreundlichen Technologien gehört. Europa macht darum vorwärts, die USA sind beim Klimaschutz auch wieder dabei. Der Wettbewerb, wer bei den Technologien führend ist und exportieren kann, ist voll lanciert. Auch die USA wollen die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung in ihrem Land haben. Diesen Anspruch müssen auch wir haben! Die Schweiz ist heute gut aufge-

Bundesrätin, Reformlinke

Simonetta Sommaruga wurde am 14. Mai 1960 in Zug geboren. Seit November 2010 ist sie Bundesrätin, zunächst als Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements und seit Januar 2019 als Chefin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Aufgewachsen ist Sommaruga im Kanton Aargau, besuchte das Gymnasium in Immensee, liess sich zur Pianistin ausbilden und studierte mehrere Semester Anglistik und Romanistik an der Universität Freiburg. Bekannt wurde sie als Geschäftsführerin der Stiftung für Konsumentenschutz.



«Wenn wir nichts machen, wird es sehr, sehr teuer für unsere Kinder und Enkel»: Simonetta Sommaruga

Fotos: Raphael Moser

stellt. Mit dem CO₂-Gesetz und den damit verbundenen Investitionen legen wir die Grundlage, um im Technologiewettbewerb zu bestehen und von Öl und Erdgas wegzukommen.

Für die Klimajugend ist das CO₂-Gesetz völlig ungenügend.

Ich verstehe, dass das Gesetz einigen zu wenig weit geht. Nur: Wenn wir das Gesetz ablehnen, hat die Erdölindustrie gewonnen, nicht die Klimajugend. Die Erdölkonzerne wollen, dass wir weiterhin jedes Jahr 8 Milliarden ins Ausland an die Öl- und Gasproduzenten bezahlen, statt damit daheim eine saubere Energieproduktion aufzubauen und klimafreundliche Technologien anzuwenden.

Die Frage ist, ob das gelingt?

Die Technologien sind da, sie sind rentabel. Wir müssen sie jetzt anwenden. Mit dem Gesetz schaffen wir die Voraussetzungen dafür.

Aber es wird teuer für viele in diesem Land. Wie teuer?

Erst mal: Wenn wir nichts machen, wird es sehr, sehr teuer für unsere Kinder und Enkel. Das Gesetz fördert den Zugang zu neuen günstigen Technologien, hilft Energie sparen und belohnt jene, die wenig Erdöl verbrauchen. Sehr viele Haushalte sparen mit dem Gesetz Geld ein und haben am Ende mehr im Portemonnaie als heute.

Die SVP sagt: Eine vierköpfige Familie wird im Jahr 1000 Franken mehr bezahlen müssen.

Schauen Sie: Hinter dem Referendum steht die Erdölindustrie, die ihr Geschäftsmodell retten will und darum jetzt mit solchen Zahlen hausiert. Das ist nicht glaubwürdig.

Warum nicht, man kann es ja nachrechnen.

Weil die Gegner mit extremen Beispielen operieren. Wie viele Familien kennen Sie, die mit ihren Kindern dreimal im Jahr in die Ferien fliegen, in einer riesigen Villa wohnen und unbedingt an ihrer Ölheizung festhalten wollen? Ein solcher Haushalt zahlt vielleicht 1000 Franken mehr. Das ist aber nicht repräsentativ.

Was ist denn repräsentativ?

Wenn man schaut, wie die meisten Familien tatsächlich leben. Auf dieser Basis haben die Fachleute des Bundes gerechnet. Eine Familie mit zwei Kindern, einer durchschnittlichen Wohnfläche, einem durchschnittlichen Benzinauto und einem Europaflug im Jahr bezahlt Ende der 2020er-Jahre 100 Franken mehr. Wichtig ist auch:

Fortsetzung — 17

Fortsetzung
Simonetta Sommaruga

Wenn die Familie mit Holz oder mit einer Wärmepumpe heizt oder nicht jedes Jahr fliegt, hat sie dank der Rückverteilung unter dem Strich mehr Geld im Portemonnaie. **Wer auf dem Land lebt, ist der Geprellte. Das Gesetz schlägt einen Graben zwischen Stadt und Land.**

Das ist nachweislich falsch. Sonst wären der Bauernverband und die Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete doch nicht für das Gesetz. Gerade die ländlichen Regionen und Berggebiete spüren die teuren Folgen des Klimawandels jetzt schon. Wenn nichts geschieht, wird die Landwirtschaft zunehmend Probleme bekommen, Seilbahnen sind gefährdet, der Schutzwald muss neu aufgeforstet werden, der Tourismus gerät noch mehr unter Druck. Das wird sehr teuer werden.

Das mag sein. Die Leute brauchen aber oft ein oder zwei Autos und sind auf eine Ölheizung angewiesen, weil es keinen Fernwärmeanschluss gibt wie in der Stadt.

Vier von zehn Haushalten heizen heute schon ohne Öl und Gas und zahlen darum gar keine CO₂-Abgabe, null Franken. In verschiedenen ländlichen Kantonen ist es sogar mehr als die Hälfte der Haushalte, die keine CO₂-Abgaben bezahlt, zum Beispiel in Graubünden oder im Wallis. Viele heizen mit einer Wärmepumpe oder mit Holz und sparen so viel Geld.

Man will ja auch mal in die Ferien fliegen.

Das geht auch künftig. Mit der Flugticketabgabe und den zu erwartenden Rückerstattungen werden nur 10 Prozent der Bevölkerung draufzahlen müssen, nämlich die Vielflieger. Diese leben eher nicht auf dem Land und in den Berggebieten...

...und man muss mit dem Auto zur Arbeit.

Das kann man weiterhin. Dank dem CO₂-Gesetz kommen effizientere Fahrzeuge auf den Markt, die weniger Benzin verbrauchen. So spart man Geld ein. Ob der Benzinpreis dann steigt, entscheidet nicht der Bundesrat, sondern die Erdölbranche. Das Parlament hat aber zum Schutz der Autofahrerinnen und Autofahrer extra eine Obergrenze festgelegt. Weil wir wissen, dass viele auf das Auto angewiesen sind. Ausgerechnet die Erdöllobby, die über eine Preiserhöhung entscheidet, betreibt mit dem Benzinpreis Angstmacherei.

Teile der CO₂-Abgaben werden zurückerstattet, bloss sieht das keiner, weil es eine kleine Zahl auf der Krankenkassenrechnung ist.

Das stimmt. Hier haben wir es verpasst, den Leuten klar zu zeigen, was sie zurückerhalten. Jeder – vom Kleinkind bis zum Grossvater – erhält nämlich denselben Betrag. Das ist sehr sozial und wichtig für Familien und den Mittelstand. Heute erhält jede Person 87 Franken, mit dem neuen Gesetz ist es deutlich mehr, nämlich 167 Franken. Ich möchte, dass dieser Klimabonus besser sichtbar wird. Bei einer vierköpfigen Familie ist das nämlich viel Geld, 668 Franken pro Jahr.

Was genau soll geändert werden?

Ideal wäre, wenn die Bevölkerung das Geld direkt ausbezahlt erhalten würde. Dann hätte eine Familie künftig die 668 Franken in der Hand. Oder alle erhalten einen Check. Aber dafür müssten wir das ganze System umkrempeln. Kurzfristig möchte ich jetzt zunächst einmal die Information verbessern. Jede Person soll auf einen Blick sehen, wie hoch dieser Klimabonus

jedes Jahr ist. Ich möchte sicherstellen, dass die Information auch auf dem elektronischen Weg klappt. **Was von der CO₂-Abgabe nicht zurückerstattet wird, geht in den Klimafonds. Wer garantiert, dass damit wirklich klimafreundliche Projekte gefördert werden?**

Das Gesetz ist klar. Das Geld unterstützt zum Beispiel Hausbesitzer, die ihre Ölheizung ersetzen, fördert den Bau von Ladestationen für Elektroautos oder unterstützt Gemeinden beim Bau von Fernwärmenetzen. Zudem wird z.B. die Entwicklung von grünem Kerosin in der Luftfahrt gefördert.

Aber ist das alles den hohen Preis überhaupt wert? Die Schweiz hat ja schon einiges an CO₂ gespart und stösst nur einen verschwindend geringen Teil des Weltverbrauchs aus.

Das Zeitalter von Erdöl und Kohle geht zu Ende. Diese Energieträger haben keine Zukunft mehr. Die Frage lautet schon lange nicht mehr, ob wir mit dem klimaschädlichen Energieverbrauch weiterfahren oder auf klimafreundliche Technologien setzen wollen. **Sondern?**

Wir müssen uns fragen, wie wir als Land von diesem Wandel, der unaufhaltsam ist, wirtschaftlich profitieren. In der Schweiz gibt es unzählige Firmen, die Umwelttechnologien auf den Markt bringen und sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil verschaffen wollen. Wenn wir nicht vorangehen, zahlen wir unser Geld weiter der ausländischen Erdölindustrie, und das Geschäft mit den neuen Technologien werden andere Länder machen.

Das Gegenkomitee sagt, mit einer Umstellung auf eine Art Wasserstoffwirtschaft und der Nutzbarmachung von CO₂ liesse sich das Klimaproblem ohne die CO₂-Abgaben lösen. Die gleichen Kreise haben zu allem Nein gesagt – zum aktuellen CO₂-Gesetz, zum neuen CO₂-Gesetz und zur Energiestrategie. Jetzt bringen sie teure und unausgereifte Vorschläge. Das ist nicht glaubwürdig. Ich sehe nicht, wie sich dieser Plan, wenn er technologisch überhaupt funktionieren sollte, ohne riesige Fördersummen umsetzen liesse. Zudem kann ja gerade auch die Wasserstofftechnologie mit dem CO₂-Gesetz gefördert werden.

Was machen Sie persönlich fürs Klima? Ich benutze sehr häufig den öffentlichen Verkehr. Im letzten Jahr als Bundespräsidentin fuhr ich mit dem Nachtzug zum Staatsbesuch nach Wien. Auch für den Arbeitsbesuch in Rom war ich mit der Bahn unterwegs. Zudem habe ich als Dienstwagen einen Tesla. **Sie können aber sicher noch mehr tun.**

Ich glaube, mir geht es wie den meisten Menschen in unserem Land. Wir tun schon einiges, können aber, ohne auf etwas zu verzichten, noch mehr machen. Ich habe zum Beispiel Solarpanels auf dem Dach und produziere damit meinen eigenen Strom. Nun möchte ich das Haus zusätzlich ans Fernwärmenetz anschliessen. **Werden Sie auch Ihren Mini, den Sie privat fahren, aussortieren?** Mein Mini ist jetzt erst drei Jahre alt. Aber ich kann Ihnen versichern, falls ich je ein neues Auto brauchen sollte, wird es sicher ein elektrisches sein. Auch Autofans, die privat auf Elektrofahrzeuge umgestiegen sind, sagen, sie möchten nie mehr zurück.

Bei der Belastung von Benzin und Diesel ist das CO₂-Gesetz relativ defensiv. Reicht das, um das Ende der Verbrennungsmotoren einzuläuten? Dass die Erdölindustrie noch am Benziner hängt, ist aus ihrer Sicht nachvollziehbar. Doch die Entwicklung geht in Richtung Elektroautos. Der langjährige Präsident der TCS-Sektion Zürich sagte kürzlich, das Benzinauto sei ein Auslaufmodell. Und die Branche sagt mir, dass 2030 kaum noch reine Benzinautos auf den Markt kommen werden, vielleicht schon früher. Der TCS unterstützt das CO₂-Gesetz, gerade weil er sich für die Autofahrerinnen und -fahrer einsetzt. **Aber haben wir dann auch genügend Strom, insbesondere grünen aus dem Inland?** Ich bin schon lange der Meinung, dass wir die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien in der Schweiz massiv ausbauen müssen, um die Versorgungssicherheit zu stärken. Noch vor dem Sommer bringe ich deshalb eine Vorlage ins Parlament, die genau das bezweckt. Darin sind auch Massnahmen vorgesehen, welche

die Versorgungssicherheit im Winter stärken. **Brauchen wir zusätzlich ein Stromabkommen mit der EU, um die Versorgungssicherheit zu garantieren?** Es sieht derzeit nicht danach aus, als ob wir rasch ein solches Abkommen abschliessen könnten. **Sollte der Bundesrat deshalb das Rahmenabkommen unterschreiben, damit wir uns mit einem Stromvertrag besser in den europäischen Markt integrieren können?** Die Frage des Rahmenabkommens wird im Bundesrat derzeit diskutiert. Da spielen verschiedene Elemente eine Rolle. Selbstverständlich müssen wir Chancen und Risiken abwägen. Die Frage des Stromabkommens ist dabei ein wichtiges Element. Für die Versorgungssicherheit ist aber nicht nur das Stromabkommen entscheidend. **Warum nicht?** Wir müssen in jedem Fall mehr sauberen Strom in der Schweiz produzieren und dürfen nicht einfach auf Importe setzen – auch bei einem allfälligen Stromabkommen mit der EU nicht. **Die Schweizer Stromproduzenten, die zu einem grossen Teil der öffentlichen Hand gehören, investieren jedoch stark im Ausland in erneuerbare Energien.** Das ist in der Tat so. Das müssen wir ändern. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, stehen die Unternehmen und ihre Besitzer, also in vielen Fällen die Kantone, in der Verantwortung. Sie sind ja für die Produktion zuständig. **Und braucht es dann doch noch Gaskraftwerke?** Im Vordergrund steht klar der Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Wasserkraft liefert auch im Winter zuverlässig Strom. Sollte sich trotzdem eine Versorgungslücke abzeichnen, könnten Gaskraftwerke ein Thema werden. Sie müssten dann aber klimaneutral sein, und das würde teuer. Fossile Energien sind eben teuer. Deshalb erwarte ich von Energieproduzenten, dass sie jetzt wirklich auf erneuerbare Energien aus dem Inland setzen. **Ist das realistisch?** Wenn wir schon nur auf allen geeigneten Dächern in der Schweiz Solarpanels installieren, können wir doppelt so viel Strom produzieren wie alle Atomkraftwerke zusammen. Dieses Potenzial zu nutzen, steht für mich im Vordergrund. **SP und Grüne fordern ein staatliches ökologisches Investitionsprogramm, um die Wirtschaft nach der Pandemie anzukurbeln. In den USA plant Joe Biden sogar ein billionenschweres Paket. Braucht die Schweiz auch ein Klima-Corona-Programm?** Ich finde nicht, dass wir jetzt einfach mehr Geld aus der Bundeskasse nehmen sollten. Wir brauchen vielmehr die richtigen Rahmenbedingungen. Die Wirtschaft will von sich aus vorwärtsmachen, braucht dafür aber Sicherheiten. Diese können wir mit dem CO₂-Gesetz liefern. Zudem stellt der Klimafonds die nötigen Mittel bereit, um Klimaschutzmassnahmen zu finanzieren. **Heisst das, dem Bund fehlt aufgrund der Corona-Krise ohnehin das Geld, um kräftig in den Klimaschutz zu investieren?** Nein, das Geld ist nicht das Problem. Das CO₂-Gesetz ist bereits unser Klimaprogramm, mit dem wir gleichzeitig den Standort Schweiz stärken können. Mit dem Gesetz gibt es Aufträge für unsere KMU. So sichern wir Arbeitsplätze in der Schweiz.



«Mein Mini ist jetzt erst drei Jahre alt. Aber ich kann Ihnen versichern, falls ich je ein neues Auto brauchen sollte, wird es sicher ein elektrisches sein»